



**Pet 3-18-11-821-023409**

13359 Berlin

Grundsatzfragen zum Beitrags- und  
Versicherungsrecht in der  
gesetzlichen Rentenversicherung

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 28.01.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,  
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

### **Begründung**

Mit der Petition wird gefordert, sämtliche Einkommensarten beitragspflichtig zur Deutschen Rentenversicherung zu machen.

Ziel solle sein, insbesondere reiche Privaters an der allgemeinen Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung zu beteiligen. Da der Anteil sonstiger Einkünfte, insbesondere der Anteil der Kapitalerträge immer größer werde, könne eine Beitragsgerechtigkeit künftig nicht mehr gewährleistet werden, wenn lediglich aus dem Arbeitseinkommen Beiträge abgeführt würden. Durch entsprechende Freibeträge sollte es zu einer Entlastung geringer Einkommen kommen. Auf die weiteren Ausführungen in der Petition wird verwiesen.

Es handelt sich um eine Petition, die auf den Internetseiten des Deutschen Bundestages veröffentlicht wurde und zur Diskussion bereitstand. Der Petition schlossen sich 43 Mitunterzeichner an und es gingen 21 Diskussionsbeiträge ein.



Zu diesem Thema liegen dem Petitionsausschuss mehrere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Prüfung unterzogen werden. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen eingegangen werden kann.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Die gesetzliche Rentenversicherung ist in erster Linie als Versicherungssystem für versicherungspflichtige Arbeitnehmer angelegt. Ihre Aufgabe ist es, Arbeitnehmern bei einem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben infolge Alters oder vorzeitiger Invalidität eine Lohnersatzleistung und den Hinterbliebenen eine Unterhaltersatzleistung entsprechend dem versicherten Lebensstandard zu gewährleisten. Die Höhe der lohn- und beitragsbezogenen Rente ist grundsätzlich abhängig von der Anzahl der zurückgelegten Versicherungsjahre und von der Höhe der versicherten Entgelte. Je mehr Versicherungsjahre vorliegen und je höher die versicherten Arbeitsentgelte und Arbeitseinkommen sind, desto höher ist die aus der jeweiligen individuellen Versicherungsbiographie berechnete Rente. Umgekehrt gilt, dass wenn nur wenige oder nur geringe Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet wurden, der Anspruch auf eine nur entsprechend geringe Rentenleistung bestehen kann.

Zu den Grundprinzipien, die die gesetzliche Rentenversicherung von Anfang an geprägt haben, gehört nicht nur die Lohnbezogenheit der Rente, sondern auch die Begrenzung des versicherbaren – und damit die Beitragspflicht auslösenden – Verdienstes. Die Beitragsbemessungsgrenze stellt dabei den Höchstwert dar, bis zu dem die heute beitragspflichtigen Versicherten in das Umlageverfahren einbezogen werden. Umlageverfahren bedeutet, dass die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für die Rentenzahlungen an die derzeitigen Rentner verwandt werden. Die Beiträge zahlenden



Versicherten erhalten im Gegenzug einen Anspruch auf den Bezug einer Rente im Alter. Entsprechend dem Versicherungsprinzip entstehen Leistungsansprüche auch nur bis zur Höhe der geleisteten Beiträge.

Die Beiträge zur Rentenversicherung werden nach einem Vomhundertsatz, der für alle Beschäftigten gleichermaßen gilt, vom Bruttoarbeitsentgelt erhoben, das nur – wie bereits ausgeführt – bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt wird. Eine Absenkung des Beitragssatzes erfolgte zum 1. Januar 2018 von 18,7 % auf 18,6 %. Der Beitragssatz von 18,6 % gilt auch weiterhin für das Jahr 2019. Die Beitragsbemessungsgrenzen betragen etwa das Doppelte eines durchschnittlichen Verdienstes (für 2019: 6700 Euro für die alten und 6.150 Euro für die neuen Länder) und werden entsprechend der Einkommensentwicklung jährlich angepasst. Für darüber hinausgehende Erwerbseinkommen oder auch Einkommen, das möglicherweise reiche Privatiere haben, wird unterstellt, dass ein soziales Schutzbedürfnis, das durch die Sozialversicherung abgedeckt werden müsste, nicht mehr besteht. Unabhängig hiervon gibt der Petitionsausschuss zu bedenken, dass eine unbegrenzte Heranziehung von Einkommen zur gesetzlichen Rentenversicherung, wie es mit der Petition vorgeschlagen wird, sehr wahrscheinlich den verfassungsrechtlich zulässigen Umfang eines Alterssicherungssystems mit verpflichtender Mitgliedschaft überschreiten würde. Die Beitragsbemessungsgrenze wirkt in der gesetzlichen Rentenversicherung deshalb als Leistungsbemessungsgrenze. Entsprechend dem Versicherungsprinzip von Leistung und Gegenleistung fließen die Arbeitsentgelte nur bis zur versicherten Höhe in die Rentenberechnung ein. Eine Entlastung geringerer Einkommen durch Freibeträge bzw. einen geringeren Beitragssatz oder auch durch eine Steuererhebung anstelle eines Beitrages zu erreichen, würde insoweit dem Prinzip der Lohnbezogenheit der Rente widersprechen. Hervorgehoben wird, dass nur lohnbezogene Beiträge den Versicherten individuell zurechenbar sind und individuelle lohnbezogene Rentenansprüche begründen.



Eine Anhebung oder auch ein Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze oder auch die Einbeziehung weiterer Kapitaleinkünfte im Sinne des Petitionsanliegens würde zwar zunächst die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung erhöhen und damit eine Senkung der Beitragssätze ermöglichen. Dieser Vorteil wäre jedoch nicht von Dauer, denn aus höheren Beiträgen müssen später auch höhere Leistungen gewährt werden. Sobald also die Beitragszahler zu Leistungsempfängern werden, würden sich auch die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung außerordentlich erhöhen. Dies steht den Bemühungen, einen Anstieg des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zu verhindern, entgegen.

Soweit das gesetzgeberische Anliegen des Petenten dahingehend zu verstehen ist, alle Erwerbstätigen oder weitgehend „Privatiers“ in die gesetzliche Rentenversicherung verpflichtend einzubeziehen, hätte dies nicht nur erhebliche Auswirkungen für das Alterssicherungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch für die anderen bestehenden Alterssicherungssysteme – wie zum Beispiel das der Beamtenversorgung oder das der berufsständischen Versorgung. So würde die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten voraussichtlich gegen das verfassungsrechtlich geschützte Alimentationsprinzip verstoßen. Für eine Umsetzung wäre daher eine Grundgesetzänderung notwendig. Bei der Überlegung der Einbeziehung der Beamten und Beamtinnen in die gesetzliche Rentenversicherung ist auch zu berücksichtigen, dass es zu einer finanziellen Doppelbelastung der öffentlichen Haushalte kommen würde, da einerseits von den Gebietskörperschaften bereits erworbene Pensionsansprüche bedient und andererseits Beiträge in die Rentenversicherung und Umlagen zur Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes für die zukünftig dann dort versicherten Beamten geleistet werden müssten. Auch würde für die berufsständischen Versorgungseinrichtungen das Ausbleiben von Neuzugängen zu erheblichen Finanzierungsproblemen führen. Vor diesem Hintergrund ist anzumerken, dass die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung zwar kurz- und



mittelfristig zu einer Verbesserung der Finanzgrundlage der Rentenversicherung führen würde. Langfristig entstehen jedoch auch entsprechende Ansprüche im System mit entsprechenden Belastungen.

Nach den vorangegangenen Ausführungen unterstützt der Petitionsausschuss nicht die gesetzgeberische Forderung der Petition. Er empfiehlt deshalb, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Der abweichende Antrag der Fraktion DIE LINKE., die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales – als Material zu überweisen und die Petition den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, wurde mehrheitlich abgelehnt.